

Armut bekämpfen, Reichtum besteuern: „UmFAIRteilen“ ist das Gebot der Stunde

Stellungnahme der LINKEN Marburg-Biedenkopf zum
Armutsbericht des Bündnisses UmFAIRteilen

DIE LINKE.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Bahnhofstr.6, 35037 Marburg

www.die-linke-marburg.de

*Reicher Mann und armer Mann
Standen da und sah'n sich an
Und der Arme sagte bleich:
"Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich."
(Bertolt Brecht)*

Der Titel des besonderen Armutsberichts des lokalen Bündnisses UmFAIRteilen bringt es auf den Punkt: „unFASSBAR Armut unter uns“. Der Bericht nennt die Dinge beim Namen und bringt Zahlen und Fakten. Er schildert Biographien, berührt und macht zugleich wütend. Er gibt der unfassbaren Armut unter uns einen fassbaren Ausdruck. Kurzum: Er legt den Finger in die Wunde der etablierten Politik.

Um diese **Armut nachhaltig zu bekämpfen**, setzt sich DIE LINKE für folgende Maßnahmen ein:

Arm durch Arbeit: Ausbeuterische Löhne dürfen nicht über Hartz IV aufgepolstert werden. Wir wollen stattdessen gute Arbeit und gute Löhne. Es braucht einen **flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro** pro Stunde, der jährlich an die Steigerung der Lebenshaltungskosten angepasst wird. In den kommunalen und öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen sollte jetzt schon niemand weniger verdienen.

Arm durch Rente: Für einen Ruhestand in Würde brauchen wir einen Mindeststandard in der gesetzlichen Rente. Deshalb will DIE LINKE eine steuerfinanzierte, einkommens- und vermögensgeprüfte **Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto** einführen. Die bisherigen Rentenkürzungen und die Rente mit 67 müssen rückgängig gemacht. Alle Beschäftigten müssen in die Rentenkassen einzahlen.

Kinderarmut: Wir setzen uns ein für eine starke öffentliche Infrastruktur, die allen Kindern Förderung und Teilhabe ermöglicht und für eine gebührenfreie Bildung, die soziale Unterschiede ausgleicht und gleiche Chancen eröffnet. DIE LINKE streitet für eine **Kindergrundsicherung**, die sich am tatsächlichen verfassungsrechtlichen Existenzminimum orientiert, das derzeit bei 536 Euro liegt. In Marburg engagieren wir uns für kostenlosen KiTa-Besuch und ein kostenloses Schulmittagessen für alle Kinder.

Wohnen: Wohnen ist ein Menschenrecht. Mieten müssen begrenzt, der soziale Wohnungsbau gefördert werden. DIE LINKE fordert für Hessen jährlich **4000 neue Sozialwohnungen** sowie **2000 Studierenden-**

wohnungen. Auf Barrierefreiheit muss geachtet werden. In Marburg muss eine **Sozialquote** für Privatinvestoren realisiert werden. Sozialwohnungen müssen für Geringverdienende bezahlbar sein.

UmFAIRteilen: Geld ist genug da, um einen solchen Wechsel in der Sozialpolitik zu finanzieren. Reichtum muss begrenzt werden: durch eine **Millionärsteuer**, eine reformierte Erbschaftsteuer, echte Unternehmensbesteuerung, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und eine Finanztransaktionsteuer. In Hessen wollen wir mehr **Steuerfahnder/innen**. Über die **Gewerbesteuer** können in die Kommunen Gewinne abschöpfen, bevor sie zu Reichtum werden. Es ist ein Skandal, dass das Oberzentrum Marburg mit einem Gewerbesteuerhebesatz von 370 Punkten hinter den meisten Gemeinden des Kreises zurückbleibt. Die Gewinne von DVAG und CSL Behring, die jedes Jahr hunderte Mio. Euro betragen, sollen geschont werden.

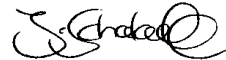
Arm per Gesetz - Hartz IV: Mit **Hartz IV** wurden die meisten Arbeitslosen auf Sozialhilfeniveau gesetzt, und alle sollten gezwungen werden, jede noch so schlechte Arbeit anzunehmen. Das ist gelungen: Die Zahl der Hartz-IV-Bezieher/innen ist zwar im Kreis zurückgegangen (von 13.000 im Januar 2005 auf heute 12.000), aber die Armut hat weiter zugenommen. Niedriglöhne, Minijobs, Leiharbeit, befristete Beschäftigungen und Pseudo-Werksverträge boomen, die Realeinkommen der Mittelschicht stagnieren. Immer mehr Menschen rutschen in die Grundsicherung im Alter, den Kinderzuschlag, das Wohngeld oder die Sozialhilfe.

Deshalb muss Hartz IV weg. DIE LINKE will eine sanktionsfreie Mindestsicherung einführen. Bis dahin müssen sofort die Regelsätze deutlich erhöht, **die Sanktionen abgeschafft** und in Stadt und Kreis der Öffentliche Nahverkehr für Menschen mit niedrigem Einkommen zum Nulltarif angeboten werden.

Und wir bleiben dabei: Man muss an die Wurzel gehen. Das Problem sind die gesellschaftlichen Ursachen von Armut, soziale Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit. Wir versprechen: DIE LINKE bleibt 100 Prozent sozial – auch nach der Wahl.



Birgit Schäfer-Biver



Jan Schalauske

Kreisvorsitzende DIE LINKE Marburg-Biedenkopf